

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 72 März 2021

ISSN 1439-2011

Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum

Johanna Unewisse



Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:

www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:

War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Johanna Unewisse studiert Sozialwissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Sie absolvierte von Oktober bis November 2020 ein Praktikum beim BSV, in dessen Rahmen dieses Hintergrund- und Diskussionspapier entstanden ist.

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Johanna Unewisse
Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum

Titelbild: Russische Schiffe im Schwarzen Meer vor Gagra (Abchasien). Gemälde von Nikanor Tschernezow aus dem 19. Jahrhundert

Foto: Nikandor Grigorievich Chernetsov - burusi.files.wordpress.com, Gemeinfrei,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12045150>

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.72
Hrsg: Bund für Soziale Verteidigung e.V.
März 2021
ISSN 1439-2011
3,- Euro

Inhalt

Inhalt 3
 Zusammenfassung 4
 1. Einleitung: Der eingefrorene Konflikt 5
 2. Die sechs eingefrorenen Konflikte 7
 2.1. Transnistrien 7
 2.2. Georgien 9
 2.2.1. Südossetien 9
 2.2.2. Abchasien 11
 2.3. Bergkarabach 13
 2.4. Ukraine 18
 2.4.1 Krim 18
 2.4.2. Donbass 19
 3. Fazit 21
 Bibliografie 22



Nachfolgestaaten der Sowjetunion, bewaffnete Konflikte 1991–2014

- Staatsgrenze
- Außergrenze der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) (gegründet 8.12.1991)
- Hauptstadt
- Sonstige wichtige Stadt

Abkürzungen:

LIT.	Litauen	MOLD.	Moldau	TADSCH.	Tadschikistan
LET.	Lettland	ARM.	Armenien	KIRG.	Kirgistan
ESTL.	Estland	AS.	Aserbaidschan		

Bewaffnete Konflikte seit 1991

- ★ 1 Südossetienkrieg (1990–1992)
- ★ 2 Krieg um Bergkarabach (1990–1994)
- ★ 3 Transnistrienkrieg (1992)
- ★ 4 Tadschikischer Bürgerkrieg (1992–1997)
- ★ 5 Abchasien, Sezessionskrieg (1992–1994)
- ★ 6 1. Tschetschenienkrieg (1994–1996)
- ★ 7 2. Tschetschenienkrieg (1999–2009)
- ★ 8 Unruhen in Usbekistan (2005)
- ★ 9 Russisch-Georgischer Krieg (2008)
- ★ 10 Nordkaukasuskonflikt (seit 2009)
- ★ 11 Unruhen in Südkirgistan (2010)
- ★ 12 Annexion der Krim durch Russland (2014)
- ★ 13 Bewaffneter Konflikt in der Ostukraine (2014)

Kartographie: mr-kartographie, Gotha
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de | Bundeszentrale für politische Bildung 2017 | www.bpb.de



mr-kartographie Gotha, CC-BY-NC-ND, BPB 2017

<https://m.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/233445/verschleppte-konflikte-und-hybride-staatlichkeit-im-post-sowjetischen-raum>

Zusammenfassung

Auch ohne Kampfhandlungen können Konflikte fortbestehen. Wenn keine Bearbeitung des Konfliktes stattgefunden hat, beziehungsweise kein Friedensvertrag ausgehandelt werden konnte, lässt sich von einem „eingefrorenen Konflikt“ sprechen. Viele solcher eingefrorenen Konflikte finden sich im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Die Konflikte um Transnistrien, Südossetien und Abchasien, Bergkarabach sowie um die Krim können hier dazu gezählt werden. Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass auch diese eingefrorenen Konflikte wieder „heiß“ werden können durch erneute gewaltvolle Kampfhandlungen. Ein vereinendes Merkmal der Konflikte im postsowjetischen Raum ist die einflussreiche Rolle Russlands.

Das Papier gibt einen Überblick über verschiedene eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum:

In Transnistrien (Grenzbereich von Moldau) unterstützte Russland die Transnistrier*innen, als diese begannen, sich von Moldau loszusagen und staatsähnliche Institutionen aufzubauen. Dabei stattete Russland auch paramilitärische Gruppen mit Waffen aus. Die Stationierung von sowjetischen und ab 1992 russischen Truppen in der Hauptstadt Transnistriens bezeugt zusätzlich den militärischen Einsatz Russlands. Moldaus Versuch Transnistrien zurückzuerobern, wurde auch mithilfe der russischen Unterstützung vereitelt. Versuche, den Konflikt mit einem Friedensvertrag zu lösen, sind bis heute gescheitert.

In Georgien haben sich nach der Auflösung der Sowjetunion zwei Regionen abgespalten - Südossetien und Abchasien. Beide Regionen befinden sich in Nordgeorgien und grenzen an Russland. Während Russland im Falle Südossetiens daran interessiert ist den Status quo als eingefrorenen Konflikt beizubehalten, wird der Waffenstillstand in Abchasien bis heute immer wieder durch Gewaltausbrüche gestört.

Der Konflikt um die zwischen Aserbaidschan und Armenien liegenden Region Bergkarabach unterscheidet sich von den anderen eingefrorenen Konflikten. So wird der Konflikt vor allem zwischen den zwei Staaten Armenien und Aserbaidschan ausgetragen, während Russland versucht, zu beiden Staaten gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Bereits in den 1990er Jahren kam es zu einem zweijährigen Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Enklave Bergkarabach. Im Mai 1994 wurde schließlich ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Trotz allem kam es seitdem zu immer wieder zu Kampfhandlungen. So gingen der erneuten Konflikteskalation und Ausbruch des Krieges im September 2020 schon zahlreiche Kampfhandlungen voraus. Mitte November 2020 wurde der Krieg durch ein Waffenstillstandsabkommen, welches von Russland ausgehandelt wurde, beendet.

Ein weiterer Konflikt konzentriert sich auf die Halbinsel Krim. Er ist geprägt von schlechten Beziehungen zwischen Moskau und Kiew seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 und eskalierte nach dem Umsturz in der Ukraine (Maidan-Proteste) 2013. „Die Annexion der Krim durch Russland sowie das Referendum über den Anschluss an Russland werden von vielen Staaten als unrechtmäßig betrachtet.“

In der Region Donbass in der Ostukraine kommt es auch nach einem durch die OSZE vermittelten Waffenstillstand von 2014 und folgenden Waffenstillstandsabkommen noch zu Kampfhandlungen. Die militärische Auseinandersetzung könnte jedoch in absehbarer Zeit zu einem eingefrorenen Konflikt werden, da eine Annäherung zwischen Russland und der Ukraine nicht in Sicht ist.

1. Einleitung: Der eingefrorene Konflikt

Friedensforschungsinstitute haben 2019 ca. 27 bewaffnete Konflikte gezählt.¹ Zumeist in solchen Statistiken nicht mitgezählt werden die sog. „eingefrorenen Konflikte“ - Konflikte, die fortbestehen, ohne dass derzeit Kampfhandlungen stattfinden, aber auch ohne dass es Fortschritte bei ihrer Bearbeitung, z.B. einen Friedensvertrag, geben würde. Dazu zählen auch Konflikte wie die in Korea oder Kaschmir. Außerdem entwickelt sich im Konfliktgebiet ein de-facto-Staat, der sich mit Hilfe einer externen Macht festigt.²

Besonders viele solcher Konflikte gibt es in dem Raum der ehemaligen Sowjetunion. Als sie 1991 in 15 unabhängige Staaten zerfiel, führten die neuen Grenzziehungen zu neuen, regionalen, teilweise ethnisch-national begründeten Konflikten, ein Phänomen, das im Übrigen auch in anderen Erdteilen in der Entkolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg beobachtet werden konnte. Im post-sowjetischen Raum sind dies die Konflikte um Transnistrien (Moldawien), Südossetien, Abchasien, Bergkarabach und die Krim. Der Konflikt um den Donbass könnte in nächster Zukunft ein eingefrorener Konflikt werden. Die genannten Territorien sind mit Ausnahme der Krim, die formell in Russland integriert wurde, was die UN nicht anerkennt, sogenannte de facto Staaten. Das bedeutet, dass sie international nicht oder von nur wenigen Ländern anerkannt werden. Nur Südossetien und Abchasien wurden von ein paar UN-Mitgliederstaaten anerkannt, dazu zählt Russland.³

Neben den vier oder fünf ‚eingefrorenen‘ Konflikten gab es auch andere Konflikte, die mit dem Ende der Sowjetunion einhergehen. 1992 brach ein Bürgerkrieg in Tadschikistan aus. Mit russischer und iranischer Unterstützung und der Hilfe der UN ist 1997 ein Friedensabkommen entstanden, das den Bürgerkrieg beendet hat. Der Krieg in Tschetschenien begann 1994 und wurde 1996 für drei Jahre unterbrochen. Danach wurde er wieder aufgenommen und wird bis heute auf niedrigem Niveau weitergeführt.⁴ 2010 gab es einen ethnischen Konflikt zwischen der ethnisch kirgisischen und der ethnisch usbekischen Bevölkerung Kirgistans. In vier Tagen wurden hunderte von Menschen ermordet. Die ethnischen Unruhen haben sich schnell beruhigt.⁵

Tudoroiu (2012) benutzt vier Charakteristika, um eingefrorene Konflikte zu beschreiben:

Erstens sind die Konflikte politischer Natur. Sie wurden von einem kurzen Krieg eingeleitet, und allzeit gibt es die Möglichkeit, dass es zu neuen Kampfhandlungen kommt, wie es zum Beispiel Ende September 2020 in Bergkarabach passierte. Obwohl sich die Wahrscheinlichkeit militärischer Operationen seit 1992/1994 verringert hat, ist oft eine politische Instrumentalisierung der Sezession eines Territoriums durch mächtige Drittstaaten zu beobachten.

Zweitens haben sich die Territorien zu de facto Staaten entwickelt, die einen Staatsbildungsprozess verfolgen. Sie sind autoritäre und militarisierte Regimes. Die politische Ökonomie ist von Kriminalität, Korruption, Gewalt und dem illegalen Handel von Waffen, Drogen und Menschen gekennzeichnet.

Drittens haben sie die Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken erschwert, da aufgrund der Konflikte die ökonomischen Ressourcen und die politische Energie gering sind. Das kann unter anderem Korruption und organisierte Kriminalität fördern, sodass die Festigung des nationalen Staates verhindert wird.

Viertens waren die Konflikte von Beginn an nicht bilateral zwischen Mutterstaat und sich abspaltendem Territorium, sondern dreiseitig, da Russland bei ihnen allen ein wichtiger dritter Akteur ist. Russland hat in allen Fällen die Sezessionist*innen politisch, moralisch, ökonomisch, finanziell und auch militärisch unterstützt. Sein Einfluss und seine Kontrolle der de facto Staaten ist groß. Die Rechtfertigung Moskaus ist, dass sie ethnische Russ*innen, die Russisch-

¹ Universität Hamburg (2019): 2019 *Weltweit 27 bewaffnete Konflikte - Afrika am Stärksten betroffen*, Hamburg: Universität Hamburg.

² Legucka, Agnieszka (2017): *Die Lage im Donbass. Noch ein eingefrorener Konflikt?*, Lüchow: Wissenschaft und Frieden.

³ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS

⁴ MacFarlane, S Neil (2009): *Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion - der Fall Georgien/Südossetien*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

⁵ Human Rights Watch (2020): *Kyrgyzstan: Justice Elusive 10 Years On*, New York

Sprecher*innen und andere Minderheiten beschützen wollen. Oft haben die Territorien der de facto Staaten Grenzen mit Russland⁶.

Der Begriff „eingefroren“ trifft aus zwei Gründen nicht zu, da erstens die Konflikte auch sehr „heiß“ sein können. Das Uppsala Conflict Data Program definiert einen bewaffneten Konflikt als einen Konflikt, in dem es mindestens 25 Tote durch Kampfhandlungen auf mindestens einer Seite gibt. Es wird beschrieben, dass das Waffenstillstandsabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan im Konflikt um Bergkarabach schon vor September 2020 häufig verletzt wurde. Laut den Daten des Uppsala Institutes war der Konflikt im Jahr 2018 inaktiv. In den anderen Jahren gab es mehr als 25 Tote durch Kampfhandlungen, so dass der Konflikt als aktiv klassifiziert wurde.⁷ Nichtsdestotrotz wird er als eingefrorener Konflikt charakterisiert. Zweitens sind eingefrorene Konflikte, historisch gesehen, doch sehr kurz. Andere Konflikte, wie zum Beispiel der Hundertjährige Krieg, dauerten wesentlich länger.⁸

Dieses Papier erläutert eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum, beginnend mit dem in Transnistrien.

⁶ Tudoriou, Theodor (2012): *The European Union, Russia and the future of the Transnistrian Frozen Conflict*, Montreal: East European Politics and Society

⁷ Uppsala Conflict Data Program: *UCDP Conflict Encyclopedia*, Uppsala: Uppsala University

⁸ Bebler, Anton (2015): *„Frozen conflicts“ in Europe*, Toronto: Barbara Budrich Publisher

2. Die sechs eingefrorenen Konflikte

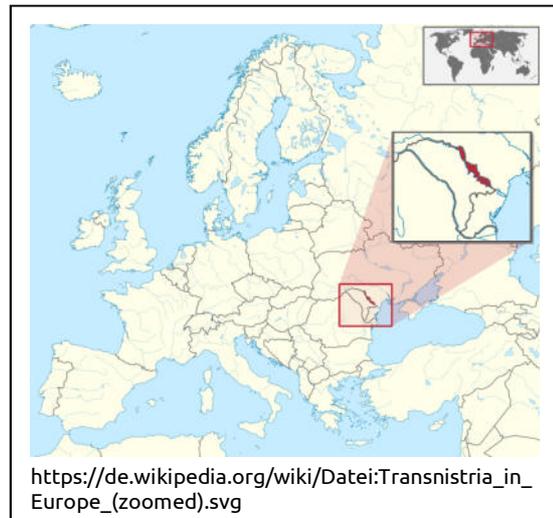
2.1. Transnistrien

Transnistrien liegt östlich des Flusses Dnister in der Republik Moldau (Moldawien). Moldau grenzt an die Ukraine und an Rumänien. Mit der Auflösung der Sowjetunion hat es 1991 seine Unabhängigkeit proklamiert.⁹ Die große Mehrheit der ca. 3-4 Millionen Einwohner*innen Moldaus spricht Rumänisch, daneben gibt es viele weitere Sprachen. Die Einwohnerschaft des hauptsächlich östlich des Flusses Dnister gelegenen Transnistriens besteht zu ungefähr je einem Drittel aus moldawisch, russisch und ukrainisch Sprechenden.

Das Staatsgebiet der Republik Moldau, wie man es heute kennt, entstand erstmals im 2. Weltkrieg. Davor gehörte Transnistrien zu keinem Zeitpunkt zu Moldau.

Transnistrien, heute von ungefähr einer halben Million Menschen bewohnt, wurde Ende des 18. Jahrhunderts von Russland besetzt und von vielen Russ*innen besiedelt. Das führte zu einer neuen ethnischen Verteilung. 1812 wurde das Fürstentum Moldau Teil des russischen Zarenreichs und trug bis 1917 den Namen Gouvernement Bessarabien. Mit dem Zerfall des Russischen Reiches nach dem 1. Weltkrieg rief Bessarabien seine Unabhängigkeit aus, wurde dann aber Rumänien zugeschlagen. Was heute Transnistrien ist, gehörte hingegen zur der Sowjetunion angehörigen Ukraine. Nur 30% der Bevölkerung waren Moldauer*innen. Um die Kollektivierung der Landwirtschaft, den Verhaftungen und der Massendeportation zu entgehen, flohen viele Einwohner*innen nach Rumänien. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte das gesamte Moldau als Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik zur Sowjetunion. Bis in den 1980er-Jahren war es verboten, „Transnistrien“ oder „Bessarabien“ zu erwähnen.¹⁰

Das Gebiet des heutigen Transnistriens war ein Industriezentrum der Sowjetunion, was dazu führte, dass russische und ukrainische Spezialist*innen ins Land zogen. In Transnistrien ist deshalb der Anteil der Russ*innen und Ukrainer*innen besonders hoch. Sie dominierten die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen. Ein weiterer wichtiger Punkt für die kulturelle Entfernung zwischen Moldau und Russland war die sowjetische Nationalpolitik und die Reformen Gorbatschows. Diese bekräftigten das Nationalbewusstsein nicht-russischer Völker. Ein wichtiger Diskussionspunkt war die Sprache. Mit der Auflösung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetunion hat Moldau sein Sprachengesetz geändert. Es hat die rumänische Sprache favorisiert, was dazu führte, dass das kyrillische Alphabet aufgegeben und das lateinische eingeführt wurde. Da in Transnistrien viele Migrant*innen aus der Sowjetunion lebten, haben sie dies nicht befürwortet. Sie präferierten das kyrillische Alphabet und Russisch als Amtssprache. Ein weiterer Streitpunkt war, dass Moldau zu einer Vereinigung mit Rumänien tendierte, was Transnistrien nicht unterstützte. Steven D. Poper hat den Anfang des Prozesses als Konflikt zwischen Moldauer*innen und einer regional konzentrierten russisch-sprachigen Bevölkerung, die eine sowjetische Identität hat, beschrieben.¹¹ Um die russische Bevölkerung zu beschützen, unterstützte Russland die Transnistrier*innen, als diese begannen, sich von Moldau loszusagen und staatsähnliche Institutionen aufzubauen. Besonders deutlich war diese Unterstützung im militärischen Bereich. Russland stattete paramilitärische Gruppen mit Waffen aus. Außerdem waren sowjetische und ab 1992 russische Truppen in Tiraspol, der Hauptstadt Transnistriens, stationiert.



⁹ Statie, Mihai-Cristian(2013): *Transnistria: The "Hot" Nature of a "Frozen" Conflict*, Fort Leavenworth: School of Advanced Military Studies.

¹⁰ Cazacu, Matei (1996): *Moldau-Bessarabien-Transnistrien*, Wien: Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).

¹¹ Tudoriou, Theodor (2012): *The European Union, Russia and the future of the Transnistrian Frozen Conflict*, Montreal: East European Politics and Society.

Im Jahr 1992 hat Moldau mit Unterstützung rumänischer Freiwilliger versucht, Transnistrien zurückzuerobern. Dies führte zu einem kurzen Krieg zwischen den Sezessionist*innen und dem Staat Moldau, wobei Transnistrien auch dank der Unterstützung Russlands die Oberhand behielt. Mehrere hundert Menschen starben.¹² Im Juli 1992 haben Moldau und Russland einen Waffenstillstand ausgehandelt, welcher bis heute gilt. Seitdem gibt es eine russisch-moldauisch-transnistrische Friedenstruppe, die den Waffenstillstand überwacht.

Um die Friedenslösung zu fördern, wurde 1993 eine KSZE¹³-Langzeitmission geschaffen. Das Mandat der Mission beschränkte sich auf dem Gebiet Transnistriens, wodurch erstmals die historisch-territoriale Besonderheit Transnistriens globale Beachtung geschenkt wurde. Die KSZE visierte einen Sonderstatus für Transnistrien an.¹⁴

Es gab verschiedene Versuche, den Konflikt mit einem Friedensvertrag zu lösen, aber bis jetzt sind alle gescheitert. 2003 präsentierte Russland das sog. Kozak-Memorandum, in dem Russland vorschlug, dass Moldau ein föderaler Staat mit Transnistrien und Gaugasien werden sollte.¹⁵ Diese wären autonome Territorien gewesen, die aber die Vorherrschaft Moldaus anerkannt hätten. Der Vorschlag wurde aber von Moldau abgelehnt, da pro-russische Gruppen in dem föderalen Staat alle Entscheidungen bezüglich einer Integration in den Westen würden blockieren können.¹⁶

2005 entstand das sog. 5 + 2 Format. Die Fünf steht für die externen Mediatoren und Beobachter Russland, OSZE, Ukraine, USA und EU, und die Zwei steht für die zwei Konfliktparteien, Moldau und Transnistrien. Verhandlungen in diesem Format finden im Prinzip bis heute statt, allerdings mit großen Unterbrechungen. Im Oktober 2020 hat Transnistrien geäußert, dass sie wieder bereit wären, die Verhandlungen weiterzuführen.¹⁷ Es ist allerdings zu fürchten, dass auch diese Gespräche kein Ergebnis bringen werden, da Russland letztlich Interesse an der Beibehaltung des Status quo hat.¹⁸

Die Elite in Transnistrien bevorzugt wie Russland den Status Quo. Ein wichtiger Schritt zur Lösung des Konfliktes wäre, dass man die Vorteile des Status Quo reduziert oder abschafft. Man könnte zum Beispiel die Elite und deren Unternehmen sanktionieren. Man könnte Moldau dabei helfen, dass sich ein einheitliches Zollsystem zwischen den zwei (de facto) Ländern etabliert. Die Elite in Transnistrien unterdrückt die öffentliche Meinung. Um den Konflikt zu lösen müsste man die Bevölkerung die Möglichkeit geben, dass sie offen ihre Meinung äußern können. Ein anderer Schritt zur Lösung des Konfliktes wäre, dass man Moldau für Transnistrien attraktiver macht. Dies könnte zum Beispiel durch Demokratisierung und der Transformation der Wirtschaft passieren. Dadurch könnten sie gemeinsam an ein Abkommen arbeiten. Die Umsetzung müsste regelmäßig überprüft werden. Ein Abkommen für Moldau könnte heißen, dass sie zunächst keinen Zutritt auf den europäischen Markt erhalten. Im Gegensatz dazu würde es in Transnistrien zu Einfrierungen des Vermögens der Elite kommen. Das Abkommen würde auch staatliche Strukturen wiedereingliedern. Es wäre der erste Schritt in Richtung einer Reintegration. Der letzte Schritt könnte ein fairer Vorschlag für eine endgültige Regelung sein. Diese käme von Moldau. Eine Föderation wäre ein gutes System für ein geeintes Moldau. Transnistrien würde weitgehende Autonomie erhalten, aber könnte trotzdem mit den zentralen Autoritäten interagieren.¹⁹

¹² Baban, Inessa (2016): The Transnistrian Conflict in the Context of the Ukrainian Crisis, <https://css.ethz.ch/en/services/digital-library/articles/article.html/195538>.

¹³ Sie wurde 2005 in OSZE umbenannt.

¹⁴ Hanne, Gottfried (1998): *Der Transnistrien Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

¹⁵ Rus, Ionas Aurelian (2003): *Russian Draft Memorandum on the basic principles of the state structure or an united state in Moldova (Kozak Memorandum)*

¹⁶ Lachert, Jakob (2019): *Post-Soviet Frozen Conflicts: A Challenge for European Security*, Warschau: Warsaw Institute.

¹⁷ Tass News Agency (2020): *Transnistria ready to resume talks with Moldova without preconditions*, Chisinau: TASS News Agency.

¹⁸ Fink, Julian (2018): *Die Rationalität eingefrorener Konflikte*, Bayreuth: Spektrum.

¹⁹ International Crisis Group (2003): *Moldova: No Quick Fix*, Chisinau/Brüssel: International Crisis Group

2.2 Georgien

An den Rändern der Südkaukasus-Republik Georgien, einem selbstständigen Staat nach Auflösung der Sowjetunion, haben sich gleich zwei Regionen von dieser ehemaligen sowjetischen Volksrepublik de facto abgespalten. Georgien ist ein Land mit um die 3,7 Millionen Einwohner*innen. Die Amtssprache ist georgisch. Über 80% der Georgier*innen gehören der georgisch-orthodoxen Kirche an. Fast 10% der Einwohner*innen sind muslimisch.

2.2.1. Südossetien

Südossetien liegt in Nordgeorgien an der Grenze zu Russland. 1992 hat es seine Unabhängigkeit von Georgien erklärt.

Die Bevölkerungsdichte in Südossetien ist gering. Vor dem Zerfall der Sowjetunion bestand die Bevölkerung aus fast zwei Drittel Südosset*innen; 20 bis 25% waren Georgier*innen.

Der georgische Zensus 2002 wurde in Südossetien nicht durchgeführt. Man schätzt, dass sich die Bevölkerung verringert hat, von 99.000 Einwohner*innen Südossetiens im Jahre 1989 auf ungefähr 77.000 Einwohner*innen 2007.²⁰ Mit den georgisch-russischen Krieg 2008 gab es eine weitere Abwanderungsbewegung, so dass die Einwohnerzahl 2015 bei 53.000 lag, von denen weniger als 4.000 Menschen sich als ethnisch georgisch definierten.²¹

Das russische Kaiserreich hat Ende des 18. Jahrhunderts eine Mission gestartet, um die Vorherrschaft über den Südkaukasus zu gewinnen. Es konzentrierte sich auf die Region Ossetien, da sie die wichtigste Verkehrsverbindung zwischen dem russischen Reich und dem Kaukasus war. 1801 annektierte Russland Georgien, sodass Südossetien Teil des Gouvernements Tiflis und politisch von dem russischen Nordossetien getrennt wurde. 1864 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben und viele Osset*innen zogen in Teile Zentral- oder Ostgeorgiens. Die Diaspora der Osset*innen hat zu einer schleichenden Assimilation und Georgisierung geführt. Mit der Revolution im Jahre 1917 formten sich zwei Ossetische Nationalräte. Zuerst wurde ein Nationalrat in Nordossetien geschaffen; daraufhin formierte sich ein Südossetischer Nationalrat. Südossetien organisierte sich damit zum ersten Mal öffentlich politisch. Ein Jahr später haben sich die beiden Nationalräte zusammengeschlossen und formulierten die Forderung eines eigenen Nationalstaats. Die Sowjetunion hat dies nicht unterstützt; Südossetien erhielt den Status eines Autonomen Gebiets in Georgien.²² Zu diesem Zeitpunkt haben sich bereits erste ethnische Konfliktlinien entwickelt.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion eskalierten die Konflikte. 1990 hat sich Südossetien loyal zur Sowjetunion ausgesprochen. Das hat dazu geführt, dass eine georgische Miliz Südossetien angriff. Im Dezember 1991 hob das georgische Parlament die Autonomie Südossetiens auf. Von Anfang 1991 bis Mitte 1992 herrschte zwischen Südossetien und Georgien Krieg. Er forderte ungefähr 1.000 Opfer. Der Krieg endete mit einem Waffenstillstandsabkommen zwischen den zwei Parteien, der im Juni 1992 unterzeichnet wurde. Wie im Transnistrien-Konflikt wurde eine georgisch-ossetisch-russische Friedenstruppe geschaffen, um den Waffenstillstand zu überwachen.²³

Mit der Rosenrevolution 2003 hat Georgien seine politische Richtung geändert. Nun betrieb Georgien eine westliche Politik, anstatt pro-russisch zu sein. Vor der Rosenrevolution haben



²⁰ *Demographics of South Ossetia, Honolulu: World Heritage Encyclopedia.*

²¹ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS

²² Luchterhandt, Otto (2008): *Gescheiterte Gemeinschaft: Zur Geschichte Georgiens und Südossetiens*, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

²³ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS

Südostsetier*innen und Georgier*innen miteinander Handel getrieben. 2004 wurde dies vom neuen Präsidenten verboten. Daraufhin gab es zwischen den Georgier*innen und den Südostsetier*innen neue bewaffnete Auseinandersetzungen. Es starben ca. die 70 Personen. Russland nutzte die Sezessionsbewegung in Südostsetien und verteilte russische Pässe an die Separatist*innen.

Zwischen 2006 und 2008 gab es einige Entwicklungen, die zu dem kurzen Krieg zwischen Georgien und Russland führten. Die Vereinbarung von 1992 war nicht mehr aktuell. Russland hatte eine garantierte Präsenz von Friedenstruppen in der Region. Der damalige Präsident Südostsetiens, Eduard Kokoity, war ein aggressiver Nationalist und bemühte sich um die finanzielle und politische Unterstützung Moskaus. Eine alternative Regierung in einer Enklave von georgischen Dörfern in Südostsetien wünschte sich der ehemalige Präsident Georgiens, Mikhail Saakashvili, der von 2004 bis 2013 regierte. Außerdem wurde der Konflikt Teil des geopolitischen Streits zwischen Russland und den USA. Bei diesem ging es unter anderem um die NATO Expansion nach Osteuropa und die Unabhängigkeit des Kosovos. Russland konnte nun die Position vertreten, dass die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovos im Jahre 2008 die Rechtmäßigkeit des Anspruches Südostsetiens und Abchasiens auf Souveränität legitimiere.

Der russisch-georgische Krieg von 2008 war der Höhepunkt der Spannungen zwischen den Konfliktparteien Russland und Georgien, aber auch zwischen Russland und den westlichen Akteuren. Im August 2008 attackierte Georgien Südostsetien. Dies war der dritte bewaffnete Konflikt zwischen den beiden Parteien seit der Auflösung der Sowjetunion. Die russischen Truppen, die wie erwähnt als Peacekeeping-Truppe in Südostsetien waren, setzten sich zur Wehr, rasch unterstützt von weiteren russischen Einheiten. Die USA und die EU waren diplomatisch involviert, griffen aber nicht militärisch ein. Der Krieg endete nach fünf Tagen und wird deshalb auch „Fünftagekrieg“ genannt.²⁴ Rund 1.000 Menschen verloren ihr Leben und bis dahin noch verbliebene ethnische Georgier*innen flohen aus Südostsetien.²⁵ Der Krieg endete mit dem Sieg Russlands. Georgien und Russland unterzeichneten einen Friedensplan. Ein neuer Status quo bildete sich heraus. Russland erkannte Südostsetien als souveränen Staat an und unterstützte Südostsetien ökonomisch und militärisch.²⁶ Diese Anerkennung wird aber auch als „ungewollte Unabhängigkeit“ beschrieben, da es für das Gebiet Isolation und eine Wirtschaftskrise bedeutete. Dies wird mit einem demographischen Rückgang betont. 2015 wurden offiziell um die 50.000 Einwohner*innen gezählt, aber die tatsächliche Zahl ist wohl noch geringer. Die Bevölkerung und die Regierung Südostsetiens haben kein Interesse an einem souveränen Staat. Ihr Ziel ist eine Union mit Nordostsetien und Russland. Der de facto Präsident von Südostsetien, Bibilov, hat im April 2019 gesagt, dass der Weg, der von der Krim gewählt wurde, definitiv auch von Südostsetien bevorzugt werde.²⁷ Doch Russland hat kein Interesse, diesen Weg zu beschreiben. Moskau möchte den Status quo aufrechterhalten. Wenn Putin Südostsetien annektieren würde, würde er in den internationalen Beziehungen mehr verlieren, als dass er durch die Annexion Südostsetiens gewinnen würde. Für Russland wäre es auch in diesem Konflikt von Vorteil, wenn der eingefrorene Konflikt beibehalten würde.²⁸

Viele Staaten wünschen sich dennoch eine Lösung des Konfliktes. Öffentliche Diplomatie wäre eine Möglichkeit, wie man diesen Konflikt lösen könnte. Die informelle Interaktion zwischen den Menschen hat einen großen Wert für die Konfliktlösung. Dies könnte dazu führen, dass Südostsetien weniger isoliert wird. Denn die Isolation Südostsetiens hilft nicht bei der Konfliktlösung. Einen Dialog zwischen der georgischen und südostsetischen Zivilgesellschaft und den Jugendlichen, die sich in Drittstaaten treffen könnte eine Versöhnung fördern. Außerdem könnten Studienreisen zu anderen Konfliktgebieten, wie nach Transnistrien, die Entstehung eines Dialoges fördern, da man den Konflikt als Außenstehende*r erleben kann. Man könnte auch zusammen Güter, wie Wein,

²⁴ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS.

²⁵ Wittkowsky, Andreas (2016): *Verschleppte Konflikte im post-sowjetischen Raum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

²⁶ Sprague, Andrew (2016): *Russian Meddling in Its Near Aboard. The Use of Frozen Conflicts as a Foreign Policy Tool*, Barcelona: Institut Barcelona Estudis Internacionales.

²⁷ RES Information Agency (2019): *South Ossetia should become part of Russia, by analogy with the Crimea-President Bibilov*, Zchinwali: RES Information Agency.

²⁸ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS.

produzieren. Diese Zusammenarbeit würde die Entstehung eines Dialoges fördern. Außerdem sollten Staaten, wie Deutschland, Südossetien nicht anerkennen. Denn wenn es anerkannt werden würde, hätte es kein Interesse in der Konfliktlösung.²⁹

2.2.2. Abchasien

Wie Südossetien befindet sich auch Abchasien in Nordgeorgien und grenzt an Russland. Laut des letzten sowjetische Zensus lebten in Abchasien um die 500.000 Menschen. Davon waren ca. 45% ethnische Georgier*innen, 18% Abchasen*innen, 15% Armenier*innen, 14% Russen*innen und 3% Griechen*innen. Als Konsequenz des Konfliktes zwischen Abchasien und Georgien gab es einen Bevölkerungsschwund. 2011 lebten um die 240.000 Menschen in Abchasien. Davon waren 50% Abchasen*innen, 18% Georgier*innen, 17% Armenier*innen, 9% Russen*innen und 1% Mingrelie*r*innen. Diese Angaben sind fragwürdig, da die georgische Bevölkerungsstatistik 2005 178.000 Einwohner*innen gezählt hat.

Abchas*innen haben den westlichen Kaukasus seit Jahrhunderten bevölkert. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde das Fürstentum in das Osmanische Reich inkorporiert. 1810 wurde es vom russischen Zarenreich annektiert und genoss bis 1864 eine de facto Autonomie. Mit der Abschaffung der Autonomie wurde die Bevölkerung unzufrieden, was dazu führte, dass in den 1860er Jahren ungefähr 60% der Einwohner*innen das Gebiet verlassen mussten. Russland förderte die Einwanderung von Christ*innen, sodass es Anfang des 20. Jahrhundert eine ethnodemografische Veränderung gegeben hat. 1918 wurde Abchasien Teil des neuen georgischen Staates. Die georgische Regierung ist gegen die abchasische Bevölkerung repressiv vorgegangen. In 1922 wurde das Gebiet in die Sowjetunion inkorporiert und die Georgische Sozialistische Sowjetrepublik entstand. Stalin hat die abchasische Bevölkerung diskriminiert. Das abchasische Alphabet wurde durch das georgische Alphabet ersetzt und Georgisch wurde die Sprache in abchasischen Schulen. 1978 wurde dies wieder verändert und Abchasisch wurde neben Russisch und Georgisch einer der Amtssprachen. In der Sowjetunion wurden Unabhängigkeitsbestrebungen stark kontrolliert, sodass es keine Sezessionsbewegungen gegeben hat.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion belebten sich die Unabhängigkeitsbestrebungen Georgiens, und in Folge entstand auch in Abchasien eine Unabhängigkeitsbewegung. 1990 spaltete sich der oberste Rat Abchasiens in eine georgische und eine abchasischen Gruppierung auf und der abchasische Teil verabschiedete eine Unabhängigkeitserklärung. Die georgischen Mitglieder erklärten diese für ungültig. Ein Referendum über die georgische Unabhängigkeit von der Sowjetunion hat diese Spannung verstärkt. Die Abchas*innen unterstützten die sowjetische Politik und boykottierten das Referendum. Diese Spannungen führten zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Georgien und Abchasien im Jahr 1992. Georgiens Legitimation für den Krieg ist, dass sich in Abchasien eine „ethnokratische“ Diktatur gebildet habe und man deshalb militärisch eingreifen musste. Abchasien sieht den Krieg als patriotischen Krieg der abchasischen Bevölkerung. Abchasien hat in dem Krieg drei Ziele erreicht. Erstens hat es ein Territorium erhalten, das als administrativer und militärischer Hauptsitz außerhalb von georgischer Kontrolle arbeiten kann. Zweitens hat es Verbündete in und außerhalb der Republik erhalten. Drittens hat Abchasien international die Legitimation der Sezessionsbewegung kreiert und gefördert. Nachdem ungefähr 7.000 Menschen ihr Leben verloren hatten, haben die beiden Seiten ein Waffenstillstandsabkommen unterschrieben.³⁰ Im November 1994 erklärte Abchasien seine Unabhängigkeit. Diese wurde von Russland, Venezuela, Nauru und Nicaragua sowie von einigen anderen Separatistengebieten wie Bergkarabach anerkannt.³¹

Die Vereinten Nationen beschlossen wie im Falle Südossetiens die Entsendung russischer Friedenstruppen, die die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens beobachten sollen. Der Waffenstillstand wird bis heute immer wieder durch Gewaltausbrüche gestört, in der die beiden Parteien, aber auch kriminelle Gruppen verwickelt sind, so dass die Situation angespannt

²⁹ Kirova, Iskra (2012): *Public Diplomacy and Conflict Resolution: Russia, Georgia and the EU in Abkhazia and South Ossetia*, Los Angeles: Figueroa Press.

³⁰ Bebler, Anton (2015): *„Frozen conflicts“ in Europe*, Toronto: Barbara Budrich Publisher.

³¹ Grigas, Agnia (2016): *Frozen Conflicts: A Tool Kit for US foreign policymakers*, Washington: Atlantic Council.

bleibt. Friedensverhandlungen zwischen Abchasien und Georgien in Genf führten nicht zu einem Abschluss.³²

Nachdem Georgien einen pro-westlichen Weg eingeschlagen hat und z.B. Mitglied der NATO werden möchte, nutzt Russland die zwei Sezessionsgebiete, um seinen politischen Einfluss in der Region zu sichern. Seine Soldaten kontrollieren die Grenze zu Abchasien und Russland ist das einzige für Abchas*innen zugängliche Land, wenn es um Fragen wie Studium oder qualifizierte Arbeit geht.

Durch den russisch-georgischen Krieg 2008 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland, was auch dazu beiträgt, dass die bisherigen Versuche, die Konflikte zu lösen, gescheitert sind. Dies kann man an den Erläuterungen der georgischen Regierung zum Konflikt erkennen. Hier wird gesagt, dass es um die territoriale Integrität Georgiens gehe. Laut Tiflis ist Abchasien von Russland besetzt, sodass der Konflikt über die Region primär ein Konflikt mit Russland sei. Die USA, ein paar europäische Staaten und das Europäische Parlament benutzen ebenfalls den Begriff der Besetzung. Man erkennt, dass diese Staaten sich der georgischen Sichtweise anschließen. Im Kontrast dazu steht die Position der Regierung in Abchasien. Sie behauptet, dass die Frage des Status Abchasiens geklärt sei und fordert, dass Georgien und der Rest der Welt die Unabhängigkeit Abchasiens anerkennen müssten.³³

Russland erkennt Abchasien als souveränen Staat an, was dazu führte, dass Moskau weniger russische Ausweise an die Bevölkerung verteilt. Viele junge Einwohner*innen besitzen nur einen abchasischen Pass, der international nicht anerkannt ist. Dadurch können diese Menschen nicht ins Ausland reisen, arbeiten oder studieren. Da Russland abchasische Pässe anerkennt, können diese Menschen nur nach Russland reisen.

Seit der Verabschiedung des Gesetzes der besetzten Territorien durch die Regierung in Tiflis im Jahr 2008 ist auch ein georgisch-abchasischer Handel verboten.

Im Gebiet Gali, welches sich in Abchasien an der Grenze zu Georgien befindet, gibt es eine ethnische Mehrheit georgischer Einwohner*innen. Die Bestrebung Abchasiens ist es, dass die Minorität ihre georgischen Dokumente abgibt und einen abchasischen Pass annimmt, was aber von nur wenigen Menschen angenommen wird. Ein weiterer Konflikt ist die Sprachregulierung in Abchasien: Russisch und Abchasisch, nicht mehr Georgisch, sind die Amtssprachen des Landes, wobei die Bevölkerung in Gali Georgisch spricht und bevorzugt.³⁴

Die Corona-Pandemie hat neue Herausforderungen für die Bevölkerung geschaffen. Die Grenzen zwischen Abchasien und Georgien sind wegen der Pandemie geschlossen. Am 31.10.2020 wurde in Georgien gewählt, die georgische Minderheit in Gali hätte gerne ihre Stimme abgegeben, aber durch die Grenzschließung wäre der Grenzübertritt illegal gewesen, sodass viele nicht wählen gegangen sind. Auch können Menschen mit chronischen Erkrankungen nicht die Grenze überqueren, um georgische Behandlungen zu erhalten, die besser sind als die in Abchasien.³⁵ Am 19.10.2020 gab es eine Änderung. Rentner*innen in Gali, die einen georgischen Pass besitzen, dürfen dreimal die Woche die Grenze überqueren, um ihre Rente und Sozialleistungen erhalten zu können.³⁶ Dies ist eine Verbesserung der sozialen Situation.

Für die nähere Zukunft sieht es so aus, dass der Status quo bestehen bleibt. Dies ist der gleiche Fall wie in den anderen eingefrorenen Konflikten.

Für die Lösung des Konfliktes in Abchasien benötigt es, wie im Konflikt um Südossetien, öffentliche Diplomatie.

³² Fischer, Sabine (2016): *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

³³ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS.

³⁴ Frichova, Magdalena (2009): *Participation of Persons Belonging to National Minorities - Cases of Samekhe-Javakheti and Gali*, Leiden: Brill.

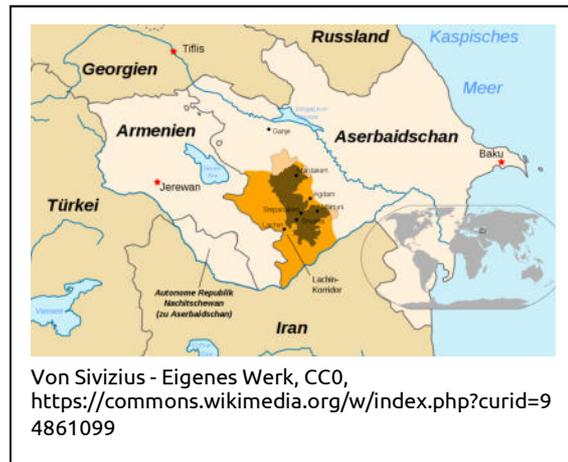
³⁵ Global Voices (2020): *Georgians in Abkhazia and South Ossetia Unable to Vote*, Tiflis: Global Voices.

³⁶ JAMNews (2020): *Abkhazia opens border for retirees to receive Georgians pension*, Sochumi: Jam News.

2.3. Bergkarabach

Bergkarabach, auch Nagorno-Karabach genannt, ist eine Region, die zwischen Aserbaidschan und Armenien liegt. Zudem hat sie eine Grenze mit dem Iran.

Dieser Konflikt unterscheidet sich in drei Punkten von den anderen eingefrorenen Konflikten. Erstens wird der Konflikt zwischen zwei Staaten, Armenien und Aserbaidschan, ausgetragen. Zweitens war er schon vor dem erneuten Kriegsausbruch im September 2020 gewaltvoller – es gab immer wieder Scharmützel an den Grenzen. Drittens versucht Russland, obwohl es in dem Konflikt eher auf der Seite Armeniens steht, zu beiden Staaten gute Beziehungen aufrechtzuerhalten³⁷.



Armenien ist ein Land, das sehr homogen ist. 2020 bezeichneten sich 98% der 2.959.200 Einwohner*innen als armenisch. Armenier*innen gehören der armenisch-apostolischen Kirche an.³⁸ Aserbaidschan ist mit fast 92% Aserbaidschaner*innen in der Bevölkerung auch sehr homogen. Es gibt eine Reihe von Minderheiten, wobei die Lesgier*innen mit 2% die größte Minderheit bildet.³⁹ 96% der Aserbaidschaner*innen sind muslimisch, wobei die Shia dominant ist. 3% sind Christ*innen.⁴⁰ Man erkennt, dass in beiden Ländern die Bevölkerung eine homogene Struktur hat. Armenier*innen sind seit Jahrhunderten von Gewalt und Vertreibung betroffen. Zum Beispiel hat der byzantinische Kaiser Tausende Armenier*innen in das Gebiet der heutigen Nordosttürkei und Bulgarien umgesiedelt. Im 11. Jahrhundert hat sich ein armenisches Königreich gebildet. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts gehörte ein großer Teil des heutigen Armeniens zum Osmanischen Reich. Die osmanischen Kriege mit dem Iran führten dazu, dass sich die Armenier*innen verteilten, sodass in fast allen Gebieten des Osmanischen Reiches Armenier*innen lebten. Die Veränderungen im Osmanischen Reich im 19. Jahrhundert führten dazu, dass Armenier*innen mehr Unsicherheit und Gewalt erlebten. Die Bevölkerungsstruktur veränderte sich durch die andauernde Gewalt und die darauf resultierende Flucht. Sie waren keine heterogene Gruppe, da sie verschiedene Lebensformen hatten. Armenier*innen benutzen verschiedene Sprachen. So waren sie in einer Region kurdisch-sprachig, in einem anderen Gebiet benutzten sie die armenische Sprache. Osmanische (türkische) Sprachkenntnisse waren in keiner anderen Bevölkerungsgruppe so verbreitet wie unter den Armenier*innen. Da Armenier*innen zumeist Christ*innen sind, unterschieden sie sich von ihrem muslimischen Mitbürger*innen im Osmanischen Reich. Manche Armenier*innen konvertierten zum Islam und praktizierten beide Religionen. Jedoch haben sie das Christentum im Geheimen praktiziert. Als Nichtmuslime wurden sie geduldet, aber hatten nicht die gleichen Rechte. Im Osmanischen Reich des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verfolgten die Armenier*innen keine Sezessionsbestrebungen.

Vielmehr hofften sie, dass sie eine armenische Nation im Osmanischen Reich verwirklichen könnten. Auf europäischen Druck wurden Reformen zum Schutz der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich eingeführt, aber wenige Monate nach der Verabschiedung dieser Reformen trat das Osmanische Reich in den Ersten Weltkrieg ein. Die Reformen wurden aufgehoben. Damit begann die Deportation und Ermordung der armenischen Bevölkerung, einer der frühen Genozide des 20. Jahrhunderts und bis heute ein Politikum in der Türkei. Ihr Besitz wurde an die sunnitisch-türkische Bevölkerung überführt. Der Genozid an den Armenier*innen war einer der Schritte, um das Osmanische Reich in einem türkischen Nationalstaat umzuwandeln. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde das Osmanische Reich aufgelöst und unter ande-

³⁷ Deutsche Welle (2020): *Russia to 'assist' Armenia if conflict with Azerbaijan spreads beyond Nagorno-Karabakh*, Berlin: Deutsche Welle.

³⁸ The Government of the Republic of Armenia (2020): *Demographics*, Jerewan: The Government of the Republic of Armenia.

³⁹ Department of Information Technologies (2019): *Population of Azerbaijan*, Baku: State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan.

⁴⁰ Central Intelligence Agency (n.d.): *Azerbaijan*, Washington: Central Intelligence Agency.

rem entstanden die Türkei und Armenien.⁴¹ Die Sowjetrepublik Armenien wurde 1920 gegründet. 1922 wurde Armenien Teil der Transkaukasischen Sozialistische Föderativen Sowjetrepublik.

Anfang des 19. Jahrhundert eroberte das Russische Zarenreich Aserbaidschan von Persien. Kurz darauf marschierte Persien in Aserbaidschan ein. Folge war die Teilung Aserbaidschans. Der südliche Teil wurde persisch und der nördliche Teil wurde russisch. Zu Beginn waren die Grenzen offen, sodass der Kontakt zwischen den Aserbaidschaner*innen in beiden Teilen weiterbestehen konnte. Nachdem der nordaserbaidschanische Teil Bestandteil der Sowjetunion wurde, war Kontakt für 70 Jahre nicht möglich. Armenier*innen wanderten in Aserbaidschan ein. Diese betrachteten im 19. Jahrhundert die Russ*innen als Retter und Russland sah die Armenier*innen als christliche Brüder. Die Wanderbewegung führte dazu, dass es eine entscheidende Veränderung in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung gab. Der Anteil der armenischen Bevölkerung in Aserbaidschan stieg um das Achtfache. Konflikte zwischen den Muslimen*innen und den Armenier*innen sind nicht ausgeblieben. Dies begann mit der Auseinandersetzung um fruchtbaren Boden. Ende des 19. Jahrhundert wurden die russischen Christ*innen bei der Landverteilung bevorzugt, sodass die Armenier*innen kein Vorrang mehr erlebten und den Muslimen*innen wieder einmal der Boden weggenommen wurde. Eine Charakteristik der Schulbildung war die ethnische Segregation. Aserbaidschaner*innen erhielten fast keine Bildung. Dies führte dazu, dass sie keine höheren beruflichen Positionen einnehmen konnten. Unterschiede im Bildungs- und im sozio-ökonomischen Niveau verschärften die Trennlinien zwischen Armenier*innen und Aserbaidschaner*innen. 1918 wurde Aserbaidschan für zwei Jahre unabhängig. Danach wurde es zur Aserbaidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik.⁴²

Bergkarabach ist eine überwiegend armenisch bewohnte Enklave, die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört. Innerhalb der früheren Aserbaidschanischen Sowjetrepublik war es ein autonomes Gebiet. Als die Sowjetrepublik entstand, waren noch fast 90% der Bevölkerung armenisch. Bis zum Fall der Sowjetunion gab es einen stetigen Rückgang der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach, bis die Zahl im Jahre 1989 bei 77% lag. Im Gegensatz dazu gab es eine Zunahme der aserbaidschanischen Bevölkerung. 1926 lag diese bei 10% und über 60 Jahre später hatte sie sich mehr als verdoppelt. 1989 lag sie bei 22%.⁴³ Da lt. Wikipedia im Jahre 2020 nur noch sechs Aserbaidschaner*innen⁴⁴ in Bergkarabach leben sollen, muss es seit dem Fall der Sowjetunion einen starken Rückgang der aserbaidschanischen Bevölkerung gegeben haben.

Entscheidende Voraussetzungen für den Konflikt sind schon im 19. Jahrhundert entstanden. Nordaserbaidschan wurde in diesem Jahrhundert in das Russische Zarenreich inkorporiert, wodurch sich die ethnische und religiöse Struktur veränderte. Immer mehr Christ*innen zogen in die zuvor vorwiegend muslimischen Gebiete der Region, sodass die Muslim*innen bestenfalls eine gleichberechtigte Bevölkerungsgruppe wurden. Dies baute Spannungen auf. Außerdem ist in dem Jahrhundert der armenische und aserbaidschanische Nationalismus entstanden, was eine indirekte Folge der historischen Entwicklung in Europa war. Mitte des 19. Jahrhunderts siedelten sich armenische Bevölkerungsgruppen in der Region Bergkarabach an, die zu dem Zeitpunkt zu Aserbaidschan gehörte, wodurch sich die Bevölkerungszusammensetzung veränderte. Sie verließen das Osmanische Reich, da sie dort unterdrückt wurden, was sich mit dem Genozid an den Armenier*innen 1915 zuspitzte.⁴⁵ Mit dem Untergang des Zarenreichs begann der erste Bergkarabach-Konflikt. Im Jahr 1919 gab es die erste militärische Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan. Auf der Pariser Friedenskonferenz 1920 wurde das Prinzip des Anspruches Aserbaidschans auf das Gebiet anerkannt, aber dies hat die Ausei-

⁴¹ Hartmann, Elke (2016): *Armenisches Leben im Osmanischen Reich vor 1915*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁴² Kipker, Rüdiger (2015): *Konflikttherd Südkaukasus. Aserbaidschan im Fokus (sowjet-) russischer und armenischer Interessen*, Wiesbaden: Springer Verlag.

⁴³ Karabakh Facts (1989): *Demographics Statistics in Nagorno-Karabakh during the Soviet Azerbaijani rule*, Jerevan: KarabakhFacts.com.

⁴⁴ Clasen, Bernhard (2020): *Karabach-Konflikt: Solange der Hass anhält: Es könnte bald wieder Krieg ausbrechen - oder ein Dialog beginnen*, Kiew: Friedensforum.

⁴⁵ Hess, Michael Reinhard (2015): *Einige Fragen und wenige Antworten zum Nagorno-Karabach-Konflikt*, Wien: University of Vienna.

nersetzung nicht gelöst. Im selben Jahr wurden die beiden Staaten Teil der Sowjetunion, sodass der Konflikt zum ersten Mal „einfror“.⁴⁶

Mit den Modernisierungsversuchen Gorbatschows in den 1980er Jahren brach der Konflikt nach fast 70 Jahren wieder aus. Die Bewohner*innen der armenischen Sowjetrepublik hatten gehofft, dass sie durch die Umwälzungen unabhängig werden könnten. Bergkarabach sollte dabei mit der Armenischen Sowjetrepublik vereint werden.⁴⁷ Die Auseinandersetzung wurde immer gewaltsamer. 1990 erklärte Armenien seine Unabhängigkeit und Aserbaidschan folgte Armenien ein Jahr später.

Am 2. September 1991 riefen die Abgeordneten des Gebietes Nagornij Karabach und des Rayons Schaumjan die „Republik Nagornij Karabach“ aus.

Dies führte zu einem zweijährigen Krieg zwischen den beiden Staaten um die Enklave Bergkarabach. 30.000 Menschen kamen ums Leben, eine Million Aserbaidschaner*innen mussten fliehen. Armenier*innen, die bis dahin in Aserbaidschan gelebt hatten, wurden entweder bei anti-armenischen Pogromen ermordet oder schafften die Flucht nach Armenien oder Russland.⁴⁸ Im Mai 1994 wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.⁴⁹

Anders als bei den anderen Konflikten konnten sich die beiden Staaten nicht darauf einigen, dass eine Friedenstruppe entlang der Grenze stationiert wurde, sodass es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kam.⁵⁰ 1992 wurde die Minsker Gruppe eingerichtet, die von der KSZE, später OSZE, geleitet wurde. Die Vorsitzenden der Gruppe sind die Botschafter*innen Frankreichs, der USA, Russlands, Deutschlands, Belarus, Italiens, Schwedens, Finnlands und der Türkei. Armenien und Aserbaidschan sind die permanenten Mitglieder der Gruppe.⁵¹ Bis jetzt hat die Gruppe keine Lösung für ein Friedensabkommen gefunden. Es wurde gesagt, dass sie aber zumindest lange Zeit die Eskalation des Konfliktes verhindert hat.⁵² Der Gewaltausbruch 2016 und die erneuten militärischen Handlungen seit September 2020 können dies aber infrage stellen.

2011 hatte der damalige russische Präsident Dmitry Medvedev intensiv an der Lösung des Konfliktes gearbeitet, aber sein Vorschlag zur Konfliktlösung wurde von Armenien und Aserbaidschan abgelehnt. Dieser Vorschlag beinhaltete, dass Aserbaidschan die Territorien außerhalb von Bergkarabach, die Armenien besetzt hält, zurückerlangt. Internationale Friedenstruppen sollten in die Region entsandt werden. In der Zukunft würde es ein Referendum über den Status geben. Bis dahin würde Bergkarabach mehr internationale Legitimität erlangen. 2012 kehrte Putin in den Kreml zurück, der seine Prioritäten nicht auf diesen Konflikt legte.⁵³

2016 kam es zu einem viertägigen Krieg. Genau kann man nicht sagen, warum es zu diesem kurzen Krieg kam. Wissenschaftler*innen meinen, dass der Gewaltausbruch mit dem Fall der Ölpreise in Aserbaidschan in Verbindung steht. Swetlana Gannuschkina erklärt, dass solche Zuspitzungen in Zeiten, in denen sich herrschende Regierungen schwach fühlen, geschehen.⁵⁴ Russland behauptet, dass die Konflikteskalation eine Provokation der Türkei war. Grund für diese Vermutung bildet die Beileidsbekundung Erdogans, die nur an die aserbaidschanischen Opfer gerichtet war.⁵⁵

Danach haben die drei Mediator*innen der Minsker Gruppe abermals versucht, die Beziehung zwischen den beiden Staaten zu verbessern, um das Waffenstillstandsabkommen zu stärken.

⁴⁶ ebda.

⁴⁷ ebda.

⁴⁸ Clasen a.a.O.

⁴⁹ Russel, Martin (2020): *Armenia and Azerbaijan on the brink of war*, Bruxelles: European Parliament Think Tank.

⁵⁰ Juvarli, Togrul & Barkhudaryan, Maya (2015): *Towards a secure future. Community Voices in border areas of Armenia and Azerbaijan*, London: Saferworld.

⁵¹ OSZE Minsk Group, abgerufen am 04.11.2020 von <https://www.osce.org/mg>.

⁵² Fischer, Sabine (2016): *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

⁵³ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS

⁵⁴ Adler, Sabine und Baumgarten, Reinhard (2016): *Gezielte Eskalation in Bergkarabach?*, Köln: Deutschlandfunk.

⁵⁵ Adler, Sabine und Baumgarten, Reinhard (2016): *Gezielte Eskalation in Bergkarabach?*, Köln: Deutschlandfunk.

Verletzungen des Waffenstillstandes sollten untersucht werden. Die Schlüsselforderung Aserbaidischans war, dass im Juni 2016 neue Friedensgespräche stattfinden sollten, aber als die internationale Aufmerksamkeit nachließ, gerieten auch diese Forderungen in Vergessenheit. 2018 gab es eine friedliche Revolution in Armenien. Die sogenannte Samtene Revolution richtete sich gegen den damaligen Ministerpräsident Sersch Sargsjan, der zuvor 10 Jahre lang der Präsident von Armenien war. Die Demonstranten*innen wollten ein freieres Land, indem es keine Korruption gab.⁵⁶ Die Revolution führte zu einem Regierungswechsel. Der neue populäre Präsident Nikol Paschinyan brachte Hoffnung mit sich, dass er einen positiven Einfluss auf die Verhandlungen haben werde. Er hat sie doch nicht erfüllt.⁵⁷

Wie kam es zu der neuen Konflikteskalation im September 2020? In den letzten Jahren gab es eine Zunahme von Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens. Durch die Reiserestriktionen, die das Coronavirus verursacht hatte, konnten im Sommer 2020 keine Drittmediator*innen anreisen. Im Juli hat Armenien einen General und andere Offiziere durch einen Raketenangriff auf aserbaidisch-anischen Boden getötet. Es war der Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen. Die Türkei, der langjährige politische Verbündeter Aserbaidischans, bot daraufhin Aserbaidischans seine Hilfe an. Beide Länder mobilisierten ihr Militär. Wie genau es zum Beginn der Gefechte kam, wird von beiden Staaten unterschiedlich begründet. Armenien behauptet, dass sie das Opfer einer Attacke, die ohne Anlass stattfand, waren. Im Gegensatz dazu versichert Aserbaidischans, dass Armeniens Artillerie über die Grenze geschossen habe

Der 44-tägige Krieg, in dem die Türkei Aserbaidischans militärisch unterstützte und bei dem Aserbaidischans einen Großteil von Bergkarabach einnahm, hat über 5.000 Todesopfer gefordert und führte zur Flucht eines Großteils der armenischen Bevölkerung.⁵⁸

Mitte November 2020 wurde der Krieg durch ein Waffenstillstandsabkommen, welches von Russland ausgehandelt wurde, beendet. Die Minsker Kontaktgruppe spielte dabei keine Rolle. Das Abkommen sieht vor, dass Aserbaidischans die Gebiete vom Süden Bergkarabachs bis zur Stadt Schuscha kontrolliert. Der Status der restlichen Gebiete in Bergkarabach würde offen bleiben. Armenien soll seine besetzten Gebiete abgeben. Dazu zählt das Gebiet Latschin. Da durch den Verlust dieses Gebietes die armenische Stadt Stepanakerts die Anbindung zum armenischen Staat verlieren würde, richtet Russland einen Landkorridor zwischen den beiden Staaten an, der von russischen Friedenstruppen geschützt werden soll. Transport- und Verkehrswege in die aserbaidisch-anische Enklave Nachitschewan sollen über armenisches Staatsgebiet errichtet werden. Flüchtlinge sollen in ihre Gebiete zurückkehren und Gefangene und Gefallene sollen ausgetauscht werden.⁵⁹ Bis zum Jahresende 2020 hat Armenien Aserbaidischans die Kontrolle aller Gebiete überlassen, die im russischen Abkommen genannt wurden.⁶⁰

Der Konflikt um Bergkarabach ist besorgniserregend internationalisiert. Nicht nur Russland spielt eine Rolle, sondern auch die Türkei, die Aserbaidischans vom ersten Tag an öffentlich und aktiv unterstützt hat. Dabei stellt Erdogan unter anderem militärische Mittel für Aserbaidischans bereit. Dazu gehörten Medienberichten zufolge auch syrische Kämpfer*innen, die von türkischen Sicherheitsfirmen engagiert wurden und nun auf Seiten Aserbaidischans kämpften. Dies leugnen die Türkei und Aserbaidischans, aber es gibt Belege.⁶¹

Der Iran grenzt an Bergkarabach und hat somit ebenfalls Sicherheitsinteressen. Teheran hat Angst, dass sein Gebiet mit Raketen beschossen wird oder dass es durch den Einfluss anderer Staaten, speziell Israel, in den Krieg mit hineingezogen wird.⁶² Israel hat noch keine Stellungnahme zum Konflikt abgegeben, aber es ist ein Waffenlieferant für Aserbaidischans. Ein Viertel

⁵⁶ Stöber, Silvia (2018): *Eine Revolution ohne Gewalt*, Hamburg: Tagesschau.

⁵⁷ de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS.

⁵⁸ Clasen, Bernhard (2021): Der Karabach-Konflikt: Ratlose Politik, stumme Zivilgesellschaft, In: Friedensforum 2/2021.

⁵⁹ Bundeszentrale für politische Bildung (2020): *Waffenstillstand im Krieg um Berg-Karabach*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁶⁰ Tagesschau. (2020): *Aserbaidischans besetzt Region Latschin*, Hamburg: Tagesschau.

⁶¹ BBC News (2020): *Armenia-Azerbaijan conflict: Azerbaijan President vows to fight on*, London: BBC News.

⁶² Duran, Burhanettin (2020): *Actors and perspectives in the Nagorno-Karabakh Conflict*, Istanbul: Daily Sabah.

der Waffen in Aserbaidschan, darunter Drohnen, stammen aus Israel. Die bestehende Feindschaft beider Länder wird dadurch verstärkt.⁶³

Ob dieser Waffenstillstand zu einer endgültigen Lösung des Konflikts führt, muss wohl bezweifelt werden. Zwei Gedanken dazu: Da Bergkarabach nicht zentral für die nationale oder historische Identität von Armenier*innen und Aserbaidschaner*innen ist, könnte dies eine Konfliktlösung fördern. Nützlich sein könnte vielleicht auch die Gründung von Initiativen, die der Bevölkerung helfen ein weitreichend normales Leben auszuüben. Alltägliche Probleme, die wegen dem Konflikt entstanden sind, können ohne identitätsbasierende Hindernisse gelöst werden. Dadurch könnten sich regionale Netzwerke entwickeln, die vielleicht zu diplomatischen Aktivitäten führen könnten, welche Schritte in Richtung der Lösung des Konfliktes wären.⁶⁴

⁶³ Reimann, Jakob (2020): *Arms, oil and Iran - Israel's role in Nagorno-Karabakh*, Detroit: Mondweiss.

⁶⁴ Anthony, Ian (2020): *Escalating violence in Nagorno-Karabakh: Local solutions offer the main hope*, Stockholm: Stockholm International Peace Research Center.

2.4. Ukraine

Die zwei Konflikte in der Ukraine entstanden 2014. Der Konflikt um die Krim ist bereits eingefroren und der Krieg um den Donbass hat ein großes Potential, in nächster Zukunft einzufrieren. Anders als bei den anderen eingefrorenen Konflikten entstanden die militärischen Auseinandersetzungen nicht mit der Auflösung der Sowjetunion, sondern Streitthemen wie die nationale Identität wurden anfänglich friedlich diskutiert.

2.4.1 Krim

Die Krim ist eine Halbinsel im Schwarzen Meer. Sie befindet sich in der Südukraine und grenzt im Osten an Russland.

Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte die Krim zum Osmanischen Reich. Da dieses an Macht verlor, sah Russland eine Chance, zu expandieren und annektierte die Walachei und Moldau. Dies führte zum Krimkrieg 1853-1856, der als

erster „modernen Krieg“ geltenden militärischen Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert Russland verlor diesen Krieg gegen das Osmanische Reich und dessen Verbündete Frankreich und Großbritannien und damit seine dominante Rolle in Europa. Doch die Krim kam in den Besitz von Russland, was zu einer Völkerbewegung führte. Viele Krimtatar*innen flohen in das Osmanische Reich und viele Russ*innen wanderten in die Krim ein. Es kam zu einer ethnischen Neuordnung auf der Krim.⁶⁵

1921 wurde die Krim Teil der Sowjetunion. Die russische Kultur wurde den Bewohner*innen der Krim durch Schulen, die Verwaltung, den obligatorischen russischen Wehrdienst, die orthodoxen Christianisierung und später durch Massenmedien eingepflanzt. Die Einwohner*innen der Krim, die sogenannten Krimtataren*innen wurden von der Regierung als „Landesverräter“ bezeichnet. Dies führte dazu, dass im Mai 1944 200.000 Krimtataren*innen in entlegene Gebiete Zentralasiens, nach Sibirien und in den Ural deportiert wurden. Sie wurden in überfüllten Güterwaggons transportiert. Über 40% starben bei der Deportation oder in den ersten Jahren danach. Erst 1956 durften die Krimtatar*innen innerhalb der Sowjetunion umziehen. Die Krim war hierbei eine Ausnahme. Zur Krim durften sie erst 1988 zurückkehren.⁶⁶ 1945 war die Bevölkerung der Krim slawisch und zumeist „russifiziert“. 1954 wurde die Krim in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert.

Mit der Auflösung der Sowjetunion wurde die Krim eine autonome Republik in der Ukraine. Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 haben Moskau und Kiew schlechte Beziehungen. Sie sind unter anderem aus der Differenz zum Status der Krim und der Aufteilung der sowjetischen Flotte auf dem Schwarzen Meer entstanden. Die Mehrheit der Russ*innen auf der Krim hatte sich eine Wiedervereinigung mit Russland gewünscht. Schon 2009 gab es Demonstrationen auf der Krim, die sich für eine Vereinigung mit Russland aussprachen.

Der Maidan-Aufstand in Kiew begann im November 2013. Als der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch ablehnte, ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zu unterschreiben, versammelten sich Demonstranten*innen auf dem Maidan, dem zentralen Platz in Kiew. Der Protest wurde in den nächsten Wochen immer größer. Mitte Februar eskalierte die Demonstration und Menschen kamen ums Leben. Kurz darauf einigte man sich nach Vermittlung durch die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens auf einen Vertrag über eine Waffenruhe. In der darauffolgende Nacht flohen der ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch und hohe Regierungsbeamte über die Krim nach Russland ins Exil. In Kiew



⁶⁵ Schimmelpfennig, Lothar (2013): *Der Krimkrieg als Erster Weltkrieg*, Aachen: Bund Deutscher Feuerwerker und Wehrtechniker ev.

⁶⁶ Savchuk, Viktoria (2020): *76 Jahre der Deportation der Krimtataren: Eine neue Runde der Verfolgung und Vertreibung*, Berlin: Zentrum Liberale Moderne.

wurde ein neuer temporärer Präsident ernannt. Dies war ein günstiger Zeitpunkt für die – weitgehend ohne Gewalt, wenngleich mit Unterstützung durch russische Soldaten durchgeführte Annexion der Krim durch Russland⁶⁷.

Im März 2014 wurde auf der Krim ein Referendum über den Anschluss an Russland abgehalten. Es verlief friedlich, aber war völkerrechtlich fragwürdig und wird deshalb von über 100 UN-Staaten nicht anerkannt. Man konnte nicht wählen, ob man Teil der Ukraine bleiben oder unabhängig werden wollte, sondern nur, ob man wolle, dass die Krim sich Russland anschließen solle. Außerdem gab es durch die kurzfristige Ansetzung des Referendums keinen öffentlichen Diskurs. Diejenigen, die in die Westukraine geflüchtet waren, durften nicht mit abstimmen und auch die militärische Besetzung der Krim durch Russland war eine regelwidrige Kondition. Beamte*innen der Krim erklärten, dass es eine Wahlbeteiligung von über 80% gegeben habe und dass fast 97% für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hätten.⁶⁸ Ein Bericht des russischen Menschenrechtsrates besagt hingegen, dass die Wahlbeteiligung eher bei 30 bis 50% lag und dass 50 bis 60% der Wähler*innen für einen Anschluss gestimmt hätten.⁶⁹ Allerdings: Die Mehrheit der Bevölkerung der Krim ist russischsprachig und deshalb klingt es plausibel, dass sie einen Wiederanschluss an Russland befürwortete.

Der Westen hat wegen der Annexion der Krim politische und wirtschaftliche Führungsmitglieder*innen Russlands und der Krim sanktioniert und die Einreise verboten. Außerdem hilft der Westen der Ukraine bei ihren Reformen und benutzt bestimmte Sanktionen, um Russland den Zugang zu Spezialtechnologien und Finanzdienstleistungen zu sperren.⁷⁰ 2019 hat die Generalversammlung der UN die territoriale Integrität der Ukraine affirmiert und somit das Krim-Referendum als ungültig erklärt.⁷¹

Wie auch in den zuvor beschriebenen Konflikten konnte keine Lösung gefunden werden, doch haben auch weder der Westen noch Russland sich um Gespräche bemüht. Die Krim ist wirtschaftlich und politisch isoliert. Russland ist der einzige Akteur, der ökonomische Hilfe leistet. In nächster Zukunft wird es wohl keine Lösung zur Frage des Status der Krim geben.

2.4.2. Donbass

Der Donbass ist eine Region in der Ostukraine. Der Oblast Luhansk und der Oblast Donezk befinden sich in dieser Region. Sie haben eine gemeinsame Grenze mit Russland.

Durch Erz- und Kohlevorkommen wurde der Donbass im 19. Jahrhundert ein Zentrum der Industrialisierung. Ukrainer*innen, Russ*innen und Deutsche wanderten in dieses Gebiet ein. Die drei Ethnien lebten nebeneinander, aber die Industriezentren wurden von Russen dominiert. Im Oktober 1917 wurde die Unabhängigkeit der Ukraine ausgerufen. Der Donbass gehörte auch zu diesem Staat. Im Frieden von Brest-Litowsk, der im März 1918 unterschrieben wurde, musste die Sowjetunion auf die Ukraine verzichten.⁷² Im selben Jahr haben die Kommunist*innen die Ostukraine von der Ukraine abgetrennt und das Gebiet wurde zur Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Roh erklärt. Lenin war dagegen und sah die Ostukraine als Teil der Ukraine an. 1919 wurde die Ukrainische Sowjetrepublik gegründet. Der Donbass war ein Industriezentrum, sodass ständig nach Arbeitskräften gesucht wurde. Flüchtlinge aus anderen Teilen der Sowjetunion sind oft in dieser Region geflohen, da sie hier Arbeit und Zuflucht fanden.⁷³ Nach dem Weltkrieg wurde das Gebiet zum Zentrum sowjetischer Rüstungs- und Hochtechnologie ausgebaut, sodass die Bevölkerung eine bessere Versorgung als in anderen Teilen der Republik genießen konnte. Eine Bruchlinie zur Mehrheitsgesellschaft in der Ukraine entstand.

Der Regionalismus des Gebietes hat unterschiedliche Hintergründe als die der anderen eingefrorenen Konflikte. Nach der Auflösung der Sowjetunion erstarkte der Antizentralismus, das heißt die Ablehnung eines starken Zentralstaates. Zuerst richtete sich dieser gegen Moskau, da

⁶⁷ Bebler, Anton (2015): „Frozen conflicts“ in Europe, Toronto: Barbara Budrich Publisher.

⁶⁸ ebda.

⁶⁹ Weisflog, Christian (2014): *Krim-Referendum stark gefälscht*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

⁷⁰ Umland, Andreas (2017): *Ukraine*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2019): *Vor fünf Jahren Russlands Annexion der Krim*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷² Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷³ Korumiya, Hiroaki (2015): *Kommentar: Der Donbass-Albtraum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

die Planwirtschaft keinen Ertrag brachte. Später richtete er sich an Kiew, „weil [die] Ressourcenverteilung von Ost nach West mit einer Nichtbeachtung der regionalen Besonderheiten des Donbass-Gebietes und seiner Interessen einherging“⁷⁴. Diese Bewegung kann man nicht als pro-russische Separatistenbewegung ansehen, sondern sie kritisierte den Regierungscharakter. Beim Untergang der Sowjetunion hatte die Ukraine ein höheres BIP als die restlichen ehemaligen Sowjetstaaten.⁷⁵ Heutzutage ist Polens BIP dreimal so hoch als der BIP in der Ukraine. Dies resultiert unter anderem aus der Inflation nach der Unabhängigkeit der Ukraine Anfang der 1990er Jahre. Die Ukraine hat die Wirtschaft Anfang der 1990er Jahren nicht rapide verändert. Sie hat eine gelenkte Volkswirtschaft eingeführt. Der Handel zwischen ehemaligen Sowjetstaaten und der Ukraine wurde unterbrochen, was das wirtschaftliche Wachstum der Ukraine unterbrach. Außerdem gab es mehr Korruption. Politiker*innen eigneten sich das staatliche Vermögen an und nutzten zinsgünstige Kredite für Industrie und Landwirtschaft aus.⁷⁶

Der Konflikt in der Ostukraine begann im April 2014. Pro-russische Separatisten*innen besetzten gewaltsam Regierungsgebäude in den Oblasts Donetsk und Luhansk und erklärten diese Gebiete als unabhängig. Die ukrainische Armee griff ein. Die pro-russische Bewegung wurde von der russischen Armee unterstützt. Der Konflikt hat sich schnell zu einem Bürgerkrieg entwickelt.

Mit dem russischen Abschuss eines Flugzeuges der Malaysian Airlines mutmaßlich durch eine Abschussstation aus russischer Produktion⁷⁷ über der Ostukraine haben sich die Beziehung zwischen Russland und der EU sowie den USA weiter verschlechtert. Außerdem hatte man Angst, dass der Konflikt in der Ostukraine zu einem Krieg zwischen Moskau und Kiew führen könnte.⁷⁸

Im September 2014 wurde durch die OSZE ein Waffenstillstand vermittelt. Dieser wurde nach kurzer Zeit gebrochen. Fünf Monate später mit der Intervention Deutschlands und Frankreichs konnte ein neues Waffenstillstandsabkommen vermittelt werden. Wie die erste Mediation fand auch diese in Minsk statt, sodass die Übereinkunft „Minsk II“ genannt wird. Dort wurde festgelegt, dass eine Demarkationslinie und eine Pufferzone errichtet werden, aus der alle schweren Waffen abgezogen werden sollen. Eine OSZE-Mission wurde zur Überwachung entsandt, die bis heute mit Beobachter*innen tätig ist. Aber die Kampfhandlungen wurden nie völlig eingestellt. Die OSZE hat über 13.000 Verletzungen des Abkommens gezählt.⁷⁹ Nichtsdestotrotz könnte die militärische Auseinandersetzung in absehbarer Zeit zu einem eingefrorenen Konflikt werden, da keine Annäherung zwischen Russland und der Ukraine absehbar ist.

Um den Konflikt in der Ukraine zu lösen benötigt man einen neuen Dialog über die europäische Sicherheit und über die russischen Beziehungen zum Westen. Wenn die EU diesen Dialog startet erkennt Russland, dass seine Drohungen ernst genommen werden. Außerdem sollte man Sanktionen flexibler nutzen können. Man könnte die Sanktionen verringern, um einen Fortschritt in der Konfliktlösung im Osten der Ukraine zu erhalten.⁸⁰

⁷⁴ Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

⁷⁵ Nation Master: *Former Soviet republics: Statistical Profile*, Woolwich.

⁷⁶ Stebeslky, Ihr (2020): *Ukraine*, Chicago: Encyclopedia Britannica.

⁷⁷ Zeit Online (2014): *Ukrainischer Kampfjet soll auf MH17 zugeflogen sein*, Hamburg: Zeit Online.

⁷⁸ Bebler, Anton (2015): *„Frozen conflicts“ in Europe*, Toronto: Barbara Budrich Publisher.

⁷⁹ Bundeszentrale für politische Bildung (2019): *Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas*, Bonn.

⁸⁰ International Crisis Group (2020): *Peace in Ukraine I: A European War*, Brüssel: International Crisis Group.

3. Fazit

Zusammenfassend erkennt man, dass alle eingefrorenen Konflikte gewisse Eigenschaften gemeinsam haben, wie zum Beispiel die internationale Isolation der betroffenen Gebiete. Außerdem hat Moskau ein starkes Interesse, den Status quo dieser eingefrorenen Konflikte beizubehalten, sodass es zweifelhaft ist, ob man in nächster Zukunft Lösungen finden kann. Es könnte auch passieren, dass sich neue eingefrorene Konflikte bilden, insbesondere im Donbass. Nicht alle Konflikte begannen mit der Auflösung der Sowjetunion. Es ist denkbar, dass sich in Zukunft neue Separationsbewegungen in Gebieten der ehemaligen Sowjetunion bilden.

Spätestens mit dem Wiederaufflammen des Krieges in Bergkarabach Ende September 2020 wurde deutlich, dass diese Konflikte zu jeder Zeit wieder aktiv werden können, solange keine nachhaltige Lösung gefunden wird.

Bibliografie

- Adler, Sabine und Baumgarten, Reinhard (2016): *Gezielte Eskalation in Bergkarabach?*, Köln: Deutschlandfunk.
- Anthony, Ian (2020): *Escalating violence in Nagorno-Karabakh: Local solutions offer the main hope*, Stockholm: Stockholm International Peace Research Center.
- Baban, Inessa (2016): The Transnistrian Conflict in the Context of the Ukrainian Crisis, <https://css.ethz.ch/en/services/digital-library/articles/article.html/195538>.
- BBC (2020): *Armenia-Azerbaijan conflict: Azerbaijan President vows to fight on*, London: BBC News.
- Bebler, Anton (2015): *„Frozen conflicts“ in Europe*, Toronto: Barbara Budrich Publisher.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2019): *Ukraine-Konflikt: Der vergessene Krieg im Osten Europas*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2019): *Vor fünf Jahren Russlands Annexion der Krim*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): *Waffenstillstand im Krieg um Berg-Karabach*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Carley Patricia (1998): *Nagorno-Karabakh: Searching for a Solution*, Washington: United States Institute for Peace.
- Cazacu, Matei (1996): *Moldau-Bessarabien-Transnistrien*, Wien: Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM).
- Central Intelligence Agency: *Azerbaijan*, Washington: Central Intelligence Agency.
- Clasen, Bernhard (2020): *Karabach-Konflikt: Solange der Hass anhält: Es könnte bald wieder Krieg ausbrechen - oder ein Dialog beginnen*, Kiew: Friedensforum.
- de Waal, Thomas und von Twickel, Nikolaus (2020): *Beyond Frozen Conflicts Scenarios for the Separatist Disputes of Eastern Europe*, London: CEPS.
- Department of Information Technologies (2019): *Population of Azerbaijan*, Baku: State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan.
- Deutsche Welle (2020): *Russia to 'assist' Armenia if conflict with Azerbaijan spreads beyond Nagorno-Karabakh*, Berlin: Deutsche Welle.
- Duran, Burhanettin (2020): *Actors and perspectives in the Nagorno-Karabakh Conflict*, Istanbul: Daily Sabah.
- Fink, Julian (2018): *Die Rationalität eingefrorener Konflikte*, Bayreuth: Spektrum.
- Fischer, Sabine (2016): *Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach im Lichte der Krise um die Ukraine*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Frichova, Magdalena (2009): *Participation of Persons Belonging to National Minorities - Cases of Samtskhe-Javakheti and Gali*, Leiden: Brill.
- Grigas, Agnia (2016): *Frozen Conflicts: A Tool Kit for US foreign policymakers*, Washington: Atlantic Council.
- Global Voices (2020): *Georgians in Abkhazia and South Ossetia Unable to Vote*, Tiflis: Global Voices.
- Hanne, Gottfried (1998): *Der Transnistrien Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung*, Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Hartmann, Elke (2016): *Armenisches Leben im Osmanischen Reich vor 1915*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hess, Michael Reinhard (2015): *Einige Fragen und wenige Antworten zum Nagorno-Karabach-Konflikt*, Wien: University of Vienna.
- Human Rights Watch (2020): *Kyrgyzstan: Justice Elusive 10 Years On*, New York: Human Rights Watch.

International Crisis Group (2003): *Moldova: No Quick Fix*, Chisinau/Brüssel: International Crisis Group.

International Crisis Group (2020): *Peace in Ukraine I: A European War*, Brüssel: International Crisis Group.

JAMnews (2020): *Abkhazia opens border for retirees to receive Georgians pension*, Sochumi: Jam News.

Juvarli, Togrul & Barkhudaryan, Maya (2015): *Towards a secure future. Community Voices in border areas of Armenia and Azerbaijan*, London: Saferworld.

Karabakh Facts (1989): *Demographics Statistics in Nagorno-Karabakh during the Soviet Azerbaijani rule*, Jerewan: KarabakhFacts.com.

Kipker, Rüdiger (2015): *Konfliktherd Südkaukasus. Aserbaidshan im Fokus (sowjet-)russischer und armenischer Interessen*, Wiesbaden: Springer Verlag.

Kirova, Iskra (2012): *Public Diplomacy and Conflict Resolution: Russia, Georgia and the EU in Abkhazia and South Ossetia*, Los Angeles: Figueroa Press.

Korumiya, Hiroaki (2015): *Kommentar: Der Donbass-Albtraum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Kramer, Andrew E. (2020): *Fighting Between Armenia and Azerbaijan Risks Drawing in Bigger Powers*, New York: The New York Times.

Lachert, Jakob (2019): *Post-Soviet Frozen Conflicts: A Challenge for European Security*, Warschau: Warsaw Institute.

Legucka, Agnieszka (2017): *Die Lage im Donbass. Noch ein eingefrorener Konflikt?*, Lüchow: Wissenschaft und Frieden.

Luchterhandt, Otto (2008): *Gescheiterte Gemeinschaft: Zur Geschichte Georgiens und Südossetiens*, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

MacFarlane, S Neil (2009): *Eingefrorene Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion - der Fall Georgien/Südossetien*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

McKernan, Bethan (2020): *Syrian recruit describes role of foreign fighters in Nagorno-Karabakh*, Istanbul: The Guardian.

NationMaster: *Former Soviet republics: Statistical Profile*, Woolwich: NationMaster.

OSCE: *OSZE Minsk Group*, abgerufen am 04.11.2020 von <https://www.osce.org/mg>.

Reimann, Jakob (2020): *Arms, oil and Iran - Israel's role in Nagorno-Karabakh*, Detroit: Mondweiss.

RES Information Agency (2019): *South Ossetia should become part of Russia, by analogy with the Crimea-President Bibilov*, Zchinwali: RES Information Agency.

Rus, Ionas Aurelian (2003): *Russian Draft Memorandum on the basic principles of the state structure or an united state in Moldova (Kozak Memorandum)*.

Russel, Martin (2020): *Armenia and Azerbaijan on the brink of war*, Bruxelles: European Parliament Think Tank.

Savchuk, Viktoria (2020): *76 Jahre der Deportation der Krimtataren: Eine neue Runde der Verfolgung und Vertreibung*, Berlin: Zentrum Liberale Moderne.

Schimmelpfennig, Lothar (2013): *Der Krimkrieg als Erster Weltkrieg*, Aachen: Bund Deutscher Feuerwerker und Wehrtechniker ev.

Schnell, Felix (2014): *Historische Hintergründe ukrainisch-russischer Konflikte*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Sprague, Andrew (2016): *Russian Meddling in Its Near Aboard. The Use of Frozen Conflicts as a Foreign Policy Tool*, Barcelona: Institut Barcelona Estudis Internacionales.

Statie, Mihai-Cristian (2013): *Transnistria: The " Hot " Nature of a " Frozen " Conflict*, Fort Leavenworth: School of Advanced Military Studies.

Stebeslky, Ihr (2020): *Ukraine*, Chicago: Encyclopedia Britannica.

Stöber, Silvia (2018): *Eine Revolution ohne Gewalt*, Hamburg: Tagesschau.

Suny, Ronald Gregor (2020): *Armenia*, Chicago: Encyclopedia Britannica.

Tagesschau (2020): *Aserbaidshan besetzt Region Latschin*, Hamburg: Tagesschau.

TASS News Agency (2020): *Transnistria ready to resume talks with Moldova without preconditions*, Chisinau: TASS News Agency.

The Government of the Republic of Armenia (2020): *Demographics*, Jerewan: The Government of the Republic of Armenia.

Tudoriou, Theodor (2012): *The European Union, Russia and the future of the Transnistrian Frozen Conflict*, Montreal: East European Politics and Society.

Umland, Andreas (2017): *Ukraine*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Universität Hamburg (2019): 2019 Weltweit 27 bewaffnete Konflikte - Afrika am Stärksten betroffen, Hamburg: Universität Hamburg.

Weisflog, Christian (2014): *Krim-Referendum stark gefälscht*, Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Wittkowsky, Andreas (2016): *Verschleppte Konflikte im post-sowjetischen Raum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

World Heritage Encyclopedia: *Demographics of South Ossetia*, Honolulu: World Heritage Encyclopedia.

Zeit Online (2014): *Ukrainischer Kampfjet soll auf MH17 zugeflogen sein*, Hamburg: Zeit Online.